

RN 14.05.09



Machen sich Sorgen um die Zukunft des Arbeitslosenzentrums:  
Leiterin Gisela Tripp und Vorsitzender Peter Strube. RN-Foto KiWitt

# Rettungsschirm spannen

Das Arbeitslosenzentrum kämpft weiter mit der Finanzierung und viel zu viel Arbeit

Das Arbeitslosenzentrum (ALZ) hat immer größere Probleme, seine Arbeit zu bewältigen. Seine Finanzierung ist auch nur bis September 2010 gesichert.

Im vergangenen Jahr war das ALZ noch knapp an der Schließung vorbeigeschrappt, nachdem das Land die Mittel gestrichen hatte. Stadt und JobCenter ARGE waren eingesprungen. Doch die Arbeitszeiten mussten reduziert werden, die zweieinhalb Mitarbeiter starke Abstriche am Gehalt hinnehmen. Dabei stehe das kleine Team immer komplexeren Anfragen gegenüber, stellt Peter Strube, Vorsitzender des ALZ-Vereins, fest. Zwei

Stunden Beratung für einen Fall seien keine Seltenheit. Darüber hinaus kämen immer mehr Ratsuchende aus der Umgebung, weil viele Zentren schließen mussten. Ergebnis: Die Wartezeit für einen Termin liegt mittlerweile bei drei bis vier Wochen.

Für Strube ist klar, dass die Finanzierung künftig auf drei Säulen stehen muss: Der Bund stehe in der Pflicht wegen seiner „furchtbaren Hartz-IV-Gesetzgebung“, das Land, weil es die Schließungen provoziert habe. Auch die Kommune müsse ihren Beitrag leisten, damit weiterhin eine niederschwellige Beratung angeboten werde.

Gisela Tripp, Leiterin des

Arbeitslosenzentrums, hat zwar noch keine konkreten Zahlen für das Jahr 2008 zur Hand, ist sich jedoch sicher, dass die 2200 persönlichen Anfragen in 2007 noch einmal getoppt werden.

## Probleme mit Anträgen

„Es gibt einfach immer noch nicht ausreichend qualifizierte Leistungsberater“, klagt die 54-Jährige, die nach 25 Jahren Arbeit für das ALZ ebenfalls empfindliche Gehaltseinbußen hinnehmen musste. Die ARGE würde sogar an das ALZ verweisen, wenn die Menschen Probleme hätten, ihre Anträge auszufüllen. Was die ARGE bestreitet: „Normalerweise wird

unseren Kunden am Empfang oder in der Eingangszone beim Ausfüllen geholfen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie von uns ans Arbeitslosenzentrum verwiesen werden“, so Sprecherin Elisabeth Pohl-Budde.

Rückendeckung finden die ALZ-Kämpfer bei den Grünen. Sowohl die Landesvorsitzende Daniela Schneckenburger wie auch Mario Krüger, heimischer Fraktionssprecher und OB-Kandidat, wollen sich für das ALZ stark machen. Schneckenburger: „Wer einen Rettungsschirm über die WestLB spannen kann, muss auch einen über das ALZ spannen können.“

• kiwi

Grüne wollen Situation im Arbeitslosenzentrum zum Thema im Wahlkampf machen

# Finanzielle Notlage soll die Landesregierung unter Druck setzen

WR  
14.05.08

Bündnis 90/Grüne wollen die Situation in den letzten verbliebenen Arbeitslosenzentren in NRW zum Thema bei den Landtagswahlen machen. Die Situation im Dortmunder ALZ soll dabei als Beispiel dienen.



Gisela Tripp

Die Landesregierung hat die Zentren zuletzt finanziell so beschnitten, dass ein der Situation angemessenes Arbeiten nicht mehr möglich ist. Findet zumindest der ALZ-Vorsitzende Peter Strube. „Wir spüren ein Anwachsen der Arbeit und haben größte Schwierigkeiten, sie zu bewältigen“, sagt er. Bis September 2010 sei die knappe Finanzierung noch gesichert, „und wir sind parallel zu unserer Arbeit damit beschäftigt, nach weiteren Finanzierungen zu suchen.“

„Wir bemühen uns, das Ge-

samtangebot aufrechtzuerhalten“, meint ALZ-Leiterin Gisela Tripp - was immer schwerer würde. Hartz IV sei so komplex, dass man sich mitunter ein, zwei Stunden mit den Anträgen der Leute beschäftigen müsse. Die dann schon stundenlang gewartet hätten. Die Wartezeiten auf einen Termin - früher ein, zwei Wochen - betrügen heute drei bis vier. Bemerkenswert sei, dass die Arge selbst die Antragsteller

zum Arbeitslosenzentrum schicke, wenn es um die Klärung von Sachverhalten ginge.

Die Landesvorsitzende der Grünen, Daniela Schneckenburger, verwies darauf, dass in NRW lediglich acht von 183 Einrichtungen übriggeblieben seien. Vor dem Hintergrund, dass man wegen der Krise mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen rechnen müsse, sei es ihr absolut unverständlich, wie man in diesem Bereich die Etats kürzen könne.

„Wir werden das zum Thema im Wahlkampf machen“, so der OB-Kandidat der Grünen, Mario Krüger. Und kündigte an, dass, wenn das Land beim Nein bliebe, eine kommunale Förderung her müsse. Und zwar eine, die eine längerfristige Perspektive biete. (dib)

**Kommentar Seite 2**

## Eigentlich ganz einfach

Wenn die Landesregierung einfach in der Lage wäre, Notwendigkeiten einzusehen, ohne darin Ranküne des jeweiligen politischen Gegners zu vermuten, müssten beratende Einrichtungen für Arbeitslose sofort wieder mit ausreichend Geldmitteln versehen werden.

Allein die Tatsache, dass die JobCenter/Arge sich offenbar voll auf die Mitarbeiter der Arbeitslosenzentren verlässt, wenn es um das Ausfüllen der umfangreichen Anträge, um das Erklären von Hintergründen für eine nicht immer, sicherlich aber manchmal schwierige Klientel geht, spricht allerdings Bände.



von Dirk Berger

Ich will den Arge-Mitarbeitern nichts, aber das Ding hat zwei Seiten. Denn wer solche Arbeiten abwälzt, der kann sich offenbar selbst keine Zeit dafür nehmen. Möglicherweise, weil er den Schreibtisch selber so voll

hat. Festzuhalten ist also, dass die Arge ihre ursächliche Arbeit offenbar nicht gestemmt kriegt: Betreuung; Beratung, Vermittlung.

Wer das verkennt - zumal in Zeiten, die nicht einfacher werden - verhält sich leichtfertig. Die Arbeitslosenzahlen werden steigen, der Beratungsbedarf damit auch. Es gilt, jetzt Strukturen aufzubauen, um das fair für die Leute zu händeln, die vor den Schreibtischen stehen.

Offenbar dreht es sich dabei um die Schreibtische in den Arbeitslosenzentren - also muss da auch Geld hin. Ganz einfach.

**Bericht Lokalseite 6**